

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

An:

siehe Formular PCT/ISA/220

PCT

REC'D 15 APR 2005

WIPO

PCT

SCHRIFTLICHER BESCHEID DER INTERNATIONALEN RECHERCHENBEHÖRDE (Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA/210 (Blatt 2)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
siehe Formular PCT/ISA/220

WEITERES VORGEHEN
siehe Punkt 2 unten

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/053227

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)
02.12.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
09.06.2004

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK
G07F19/00, G06F17/00, H04L29/06

Anmelder
SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- ☒ Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
- ☐ Feld Nr. II Priorität
- ☐ Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- ☐ Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- ☒ Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- ☐ Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- ☐ Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- ☐ Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur Internationalen Anmeldung

2. WEITERES VORGEHEN

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationale Büro nach Regel 66.1 bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA/220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA/220.

3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA/220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen
Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Apostolescu, R

Tel. +49 89 2399-7950



**SCHRIFTLICHER BESCHEID DER
INTERNATIONALEN RECHERCHEBEHÖRDE**

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/053227

Feld Nr. I Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
 - ☐ Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
 - a. Art des Materials
 - ☐ Sequenzprotokoll
 - ☐ Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
 - b. Form des Materials
 - ☐ in schriftlicher Form
 - ☐ in computerlesbarer Form
 - c. Zeitpunkt der Einreichung
 - ☐ in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
 - ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
 - ☐ bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3. ☐ Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

SCHRIFTLICHER BESCHEID DER INTERNATIONALEN RECHERCHEBEHÖRDE

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/053227

Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43*b*/s.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung

Neuheit

Ja:	Ansprüche	1-18
Nein:	Ansprüche	

Erfinderische Tätigkeit

Ja: Ansprüche
Nein: Ansprüche 1-18

Gewerbliche Anwendbarkeit Ja: Ansprüche: 1-18
Nein: Ansprüche:

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

- D1: US 2002/165783 A1 (GONTHIER JEAN-CHARLES ET AL) 7. November 2002 (2002-11-07)
- D2: EP-A-1 361 550 (SIEMENS AG) 12. November 2003 (2003-11-12)
- D3: EP-A-1 349 359 (SIEMENS AG) 1. Oktober 2003 (2003-10-01)

1. Unabhängiger Anspruch 1.

Dokument D1 (vgl. insbes. Absätze 0019 - 0078) offenbart, gemäß den meisten Merkmalen des Anspruchs 1, eine Billingeinrichtung in einem Kommunikationsnetz, die eine von einem Client initiierte Dienstanforderung empfängt (Abs. 0032-0037), für den Client bezüglich der Dienstanforderung eine Billing-Reference erzeugt (Abs. 0038-0044), die der Client in einer nachfolgenden Dienstanforderung gegenüber einem Application Server angeben muß (Abs. 0051-0054), von dem genannten Application Server erstellte Vergebührungstickets empfängt, wobei die Tickets Informationen hinsichtlich der vor bzw. während der Dienstnutzung für einen Dienstnutzer fällig werdenden Gebühren enthalten (Abs. 0056-0063), für das Ticket eine Gebührenregistrierungsaktion durchführt (0020-0022; 0075-0076).

Es ist für den Fachmann offenkundig, daß die bekannte Billingeinrichtung unter dem Nachteil leidet, daß, bevor sie eine Gebührenregistrierungsaktion bezüglich eines vom Client verwendeten Dienstes durchführt, nicht den Client anfragt, ob er tatsächlich den Dienst benutzt.

Die bekannte Billingeinrichtung hat daher das Problem, daß sie nicht eine zuverlässige Vergebührungsfunktion für die Clients bereitstellt.

Das Konzept einer Anordnung und eines Verfahrens zur Bestätigung eines Zahlungsvorgangs bezüglich eines in Anspruch genommenen Dienstes ist aus der Entgegenhaltung D3 (vgl. insbes. Absätze 0005-0009; 0018-0019; 0025-0033) bereits bekannt. In der Entgegenhaltung D3 empfängt ein Gateway (Dienstvermittlungseinrichtung) (Abs. 0005-0009) in einem Kommunikationsnetz eine von einem Kommunikationsendgerät (Client) initiierte Verbindungsanforderung (Abs. 0025). Daraufhin informiert das Gateway ein Gebührenrechner über die Verbindungsanforderung des Clients (Abs. 0025-0028). Der Gebührenrechner sendet eine Informationsnachricht an den Client. Die Informationsnachricht enthält Informationen über die Kommunikationsverbindung betreffende Gebühren. Der Client bestätigt durch eine Bestätigungsnachricht, daß er mit der Vergebührung einverstanden ist (Abs. 0029-0033). Daraufhin führt der Gebührenrechner eine Gebührenregistrierungsaktion durch (Abs. 0028). Durch die in der Entgegenhaltung D3 offenbarte Anordnung wird das Problem der Zuverlässigkeit der Vergebührungsfunktion gelöst.

Ausgehend von der allgemein bekannte Billingeinrichtung und definiert in D1, und unter Kenntnis von D3 wäre es dem Fachmann daher naheliegend die Lehre von D3 auf die Billingeinrichtung aus D1 mit entsprechender Wirkung zu übertragen, und somit zu einer zuverlässigen Billingeinrichtung gemäß dem Gegenstand des Anspruchs 1 zu gelangen.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 1 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33 (3) PCT).

2. Unabhängiger Anspruch 10.

Dokument D1 (vgl. insbes. Absätze 0019 - 0078) offenbart, gemäß den meisten Merkmalen des Anspruchs 10, ein Application Server, der von einem Client eine Dienstanforderung empfängt, wobei die Dienstanforderung eine Reference auf eine Billingeinrichtung enthält (Abs. 0051-0055), bezüglich des Dienstes Vergebührungstickets erstellt und diese an die Billingeinrichtung sendet, wenn er den Service-Request annimmt, wobei die Tickets Informationen hinsichtlich der vor bzw. während der Durchführung des Dienstes für den Client fällig werdenden Gebühren enthalten, die

Durchführung des Dienstes aufrechterhält (Abs. 0020; 0021; 0056-0073).

Die Unterschiede zwischen dem Application Server nach Anspruch 10 und dem bekannten Application Server sind, daß der Application Server von der Billingeinrichtung Mitteilungen darüber empfängt, ob die Tickets durch den Client bestätigt werden, und daß der Application Server die Durchführung des Dienstes aufrechterhält, solange die Tickets durch den Client positiv bestätigt sind.

Diese Unterschiedsmerkmale sind jedoch aus der Entgegenhaltung D3 (vgl. insbes. Absätze 0027 - 0033) bekannt, wobei ein Verbindungsknoten (Application Server) Mitteilungen von einem Gebührenrechner empfängt, ob ein Kommunikationsendgerät mit den anfallenden Gebühren einer Kommunikationsverbindung einverstanden ist (Abs. 0029-0030). Der Verbindungsknoten erhält die Kommunikationsverbindung aufrecht, solange das Kommunikationsendgerät eine positive Bestätigungsnachricht an den Gebührenrechner sendet (Abs. 0031-0033).

Der Gegenstand des Patentanspruchs 10 enthält somit lediglich eine Kombination bekannter oder naheliegender Maßnahmen, die jeweils in ihrer normalen Wirkungsweise verwendet werden. Eine über die zu erwartende Summenwirkung hinausgehende erfinderische Wechselwirkung in Form einer derartigen gegenseitigen wirkungsmäßigen Unterstützung, daß ein neuer technischer Effekt erreicht würde, tritt hierbei nicht auf.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 10 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33 (3) PCT).

3. Unabhängiger Anspruch 15.

Dokument D2 (vgl. insbes. Absätze 0009-0010; 0015-0031; Anspruch 5) offenbart, gemäß den meisten Merkmalen des Anspruchs 15, einen Client, der an eine Dienstvermittlungseinrichtung eine Dienstanforderung stellt (Abs. 0015-0016), nach einer erfolgreichen Authentifizierung der Dienstanforderung eine Reference auf den geforderten Dienst empfängt (Abs. 0016; 0020), anhand der genannten Reference eine Servicebeziehung zu einem Application Server des angeforderten Dienstes aufbaut (Abs.

0020-0022).

Die einzigen Unterschiede, die nicht explizit aus D2 zu entnehmen sind, zwischen dem Client nach Anspruch 15 und dem bekannten Client sind, daß gemäß Anspruch 15 der Client von einer Billingeinrichtung Bestätigungsanfragen bezüglich des Dienstes fällig werdender Gebühren empfängt und diese Bestätigungsanfragen gegenüber der Billingeinrichtung verifiziert und beantwortet.

Diese Unterschiedsmerkmale sind jedoch aus der Entgegenhaltung D3 (vgl. insbes. Absätze 0027 - 0033) bekannt, wobei ein Kommunikationsendgerät (Client) von einer Billingeinrichtung eine Informationsnachricht bezüglich einer Kommunikationsverbindung (eines Dienstes) fällig werdender Gebühren empfängt, diese Nachricht verifiziert und beantwortet (Abs. 0029-0033).

Der Gegenstand des Patentanspruchs 15 enthält somit lediglich eine Kombination bekannter oder naheliegender Maßnahmen, die jeweils in ihrer normalen Wirkungsweise verwendet werden. Eine über die zu erwartende Summenwirkung hinausgehende erfinderische Wechselwirkung in Form einer derartigen gegenseitigen wirkungsmäßigen Unterstützung, daß ein neuer technischer Effekt erreicht würde, tritt hierbei nicht auf.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 15 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33 (3) PCT).

4. Unabhängiger Anspruch 17.

Dokument D1 (vgl. insbes. Absätze 0019 - 0078) offenbart, gemäß den meisten Merkmalen des Anspruchs 17, ein Verfahren zur Vergebüßung eines Dienstes in einem Kommunikationsnetz, demgemäß von einem Client an eine Billingeinrichtung eine Dienstanforderung gestellt wird (Abs. 0032-0037), daraufhin mithilfe der Billingeinrichtung eine Authentifizierung des Clients durchgeführt wird (Abs. 0024-0027), von der Billingeinrichtung für die Dienstanforderung eine Billing-Reference erzeugt wird (Abs. 0038-0044), dem Client die genannte Billing-Reference und eine Reference auf die Billingeinrichtung mitgeteilt wird, von dem Client anhand der Billing-Reference eine

Servicebeziehung zu einem Application Server des angeforderten Dienstes aufgebaut wird und dem Application Server die Billing-Reference sowie die Reference auf die Billingeinrichtung mitgeteilt wird (Abs. 0051-0055), von dem Application Server Tickets erstellt und an die Billingeinrichtung gesendet werden, wobei die Tickets Informationen hinsichtlich der vor bzw. während der Dienstnutzung anfallenden Gebühren enthalten, das Ticket von der Billingeinrichtung zu einer Gebührenregistrierungsaktion herangezogen wird (Abs. 0020; 0056-0063).

Es ist für den Fachmann offenkundig, daß das bekannte Verfahren unter dem Nachteil leidet, daß, bevor eine Gebührenregistrierungsaktion bezüglich eines vom Client verwendeten Dienstes durchgeführt wird, nicht der Client angefragt wird, ob er tatsächlich den Dienst benutzt.

Das bekannte Verfahren hat daher das Problem, daß es nicht eine zuverlässige Vergebührungsfunktion für die Clients bereitstellt.

Das Konzept eines Verfahrens zur Bestätigung eines Zahlungsvorgangs bezüglich eines in Anspruch genommenen Dienstes ist aus der Entgegenhaltung D3 (vgl. insbes. Abs. 0005-0009; 0018-0019; Abs. 0025-0033) bereits bekannt. In der Entgegenhaltung D3 empfängt ein Gateway (Dienstvermittlungseinrichtung) (Abs. 0005-0009) in einem Kommunikationsnetz eine von einem Kommunikationsendgerät (Client) initiierte Verbindungsanforderung (Abs. 0025). Nach einer Authentifizierung des Clients (Abs. 0022, 0025 und 0026) informiert das Gateway ein Gebührenrechner über die Verbindungsanforderung des Clients (Abs. 0025-0028). Der Gebührenrechner sendet eine Informationsnachricht an den Client. Die Informationsnachricht enthält Informationen über die Kommunikationsverbindung betreffende Gebühren. Der Client bestätigt durch eine Bestätigungsnachricht, daß er mit der Vergebührung einverstanden ist (Abs. 0029-0033). Daraufhin führt der Gebührenrechner eine Gebührenregistrierungsaktion durch (Abs. 0028). Durch das in der Entgegenhaltung D3 offenbarte Verfahren wird das Problem der Zuverlässigkeit der Vergebührungsfunktion gelöst.

Ausgehend von dem allgemein bekannte Verfahren und definiert in D1, und unter Kenntnis von D3 wäre es dem Fachmann daher naheliegend die Lehre von D3 auf das Verfahren aus D1 mit entsprechender Wirkung zu übertragen, und somit zu einem Verfahren zur

Vergebung eines Dienstes gemäß dem Gegenstand des Anspruchs 17 zu gelangen.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 17 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33 (3) PCT).

5. Abhängige Ansprüche 2-9, 11-14, 16 und 18.

Auch die in den abhängigen Ansprüche 2-9, 11-14, 16 und 18 angegebenen Merkmale fügen dem Gegenstand der Ansprüche 1, 10, 15 bzw. 17 nichts Erfinderisches hinzu.

Die abhängigen Ansprüche 2-9, 11-14, 16 und 18 enthalten nur einfache Verfahrens- bzw. Konstruktionsmaßnahmen, die dem Fachmann geläufig sind. Diese Merkmale sind entweder aus dem vorgenannten Stand der Technik ableitbar (D3, Abs. 0027-0033 für die Ansprüche 2-9, 11, 14 und 18; D2, Abs. 0031 und Anspruch 5 für den Anspruch 16) oder stellen nicht über normales Fachwissen hinausgehende Standardmaßnahmen dar.

Die abhängigen Ansprüche 2-9, 11-14, 16 und 18 sind daher nicht erfinderisch (Artikel 33 (3) PCT).